

zivile  Koalition

Das Euro-Desaster

Gegen Enteignung, Inflation und Rechtsbruch





Merkels Euro-Krise:

Rechtsbruch für die Banken – Politik gegen die Bürger

Die Bundesregierung hat die No-Bailout-Klausel in den europäischen Verträgen praktisch ausser Kraft gesetzt. No-Bailout bedeutet, dass kein Eurostaat für einen anderen haften sollte. Durch Merkels Europolitik haften die Bürger jetzt für die Schulden anderer Staaten in der Eurozone. Das ist ein Rechtsbruch. Das gewollte Ziel von Merkels Politik ist, dass die Banken nicht für die Risiken der von ihnen vergebenen Kredite an die Euro-Staaten haften sollen.

Banken gehen Risiken ein, streichen die Gewinne ein und die Sparer und Steuerzahler bezahlen dafür. Sie bezahlen dafür mit ihren Steuern durch direkte Zahlungen an insolvente Staaten und Banken, durch Bürgschaften und durch niedrige Zinsen auf die Sparbücher und für Lebensversicherungen.

Der Euro ist eine Fehlkonstruktion

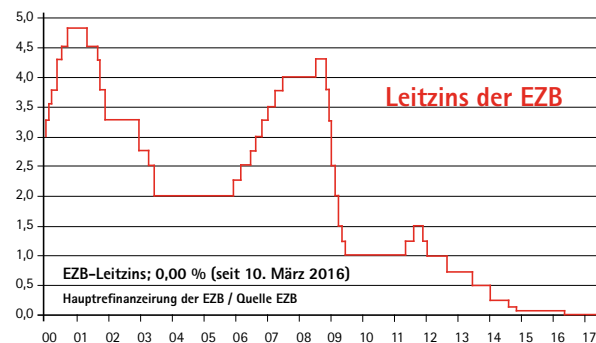
Europa leidet unter dem Euro. Der Euro hat wettbewerbsfähige Länder wie Deutschland und die Niederlande und wettbewerbsschwache Länder wie Italien und Griechenland ökonomisch aneinander gekettet. Die Folge ist: Der Euro ist zu hart für Italien und zu weich für Deutschland. Italien kann nicht abwerten und Deutschland kann nicht aufwerten.

Die Folge ist: Die südeuropäischen Länder sind nicht wettbewerbsfähig, leiden unter hoher Arbeitslosigkeit und verschulden sich.

Um diese Länder zu stabilisieren, senkt die EZB die Zinsen, und Deutschland haftet für ihre Schulden und gibt ihnen Kredite. Diese Kredite können die Südeuropäer nicht bedienen und die Deutschen bleiben auf den Verbindlichkeiten sitzen. Die deutschen Sparer leiden unter den niedrigen Zinsen. Der Euro schadet also allen.

EZB: Die Niedrigzinspolitik zerstört unsere Ersparnisse

Die EZB hat unter Mario Draghi die Zinsen dauerhaft und stetig gesenkt, um die Krisenstaaten zu entlasten. Das belastet die deutschen Sparer. Mit den Zinsverlusten zahlen die deutschen Sparer also für die Schulden der Eurozone. Gleichzeitig treibt die Niedrigzinspolitik die Preise für Aktien und Immobilien. So entstehen neue Kreditblasen und die Basis für die nächste Wirtschaftskrise.



Die EZB betreibt Politik, obwohl sie zur Neutralität verpflichtet ist.

- Sie hat Anleihen insbesondere von Italien und Griechenland gekauft und daher kein Interesse an deren Staatsbankrott.
- Sie ist Mitglied der Troika und als solches überprüft sie fiskalische und wirtschaftspolitische Programme der Krisenstaaten, aber ihr Mandat bezieht sich nur auf Geldpolitik.
- Sie handelt nach der eigenmächtig gesetzten Devise, der Euroraum müsse unverändert zusammen gehalten werden.

Eines ist klar: Früher oder später wird die enorm expansive Politik der EZB, insbesondere wegen der Anleihekäufe (voraussichtliches Gesamtvolumen 2,55 Billionen Euro bis 9/2018) in Inflation umschlagen. Die EZB steuert auf Sicht und ist in Fahrwassern, in denen noch nie eine Zentralbank war.

Der Euro – eine soziale Katastrophe

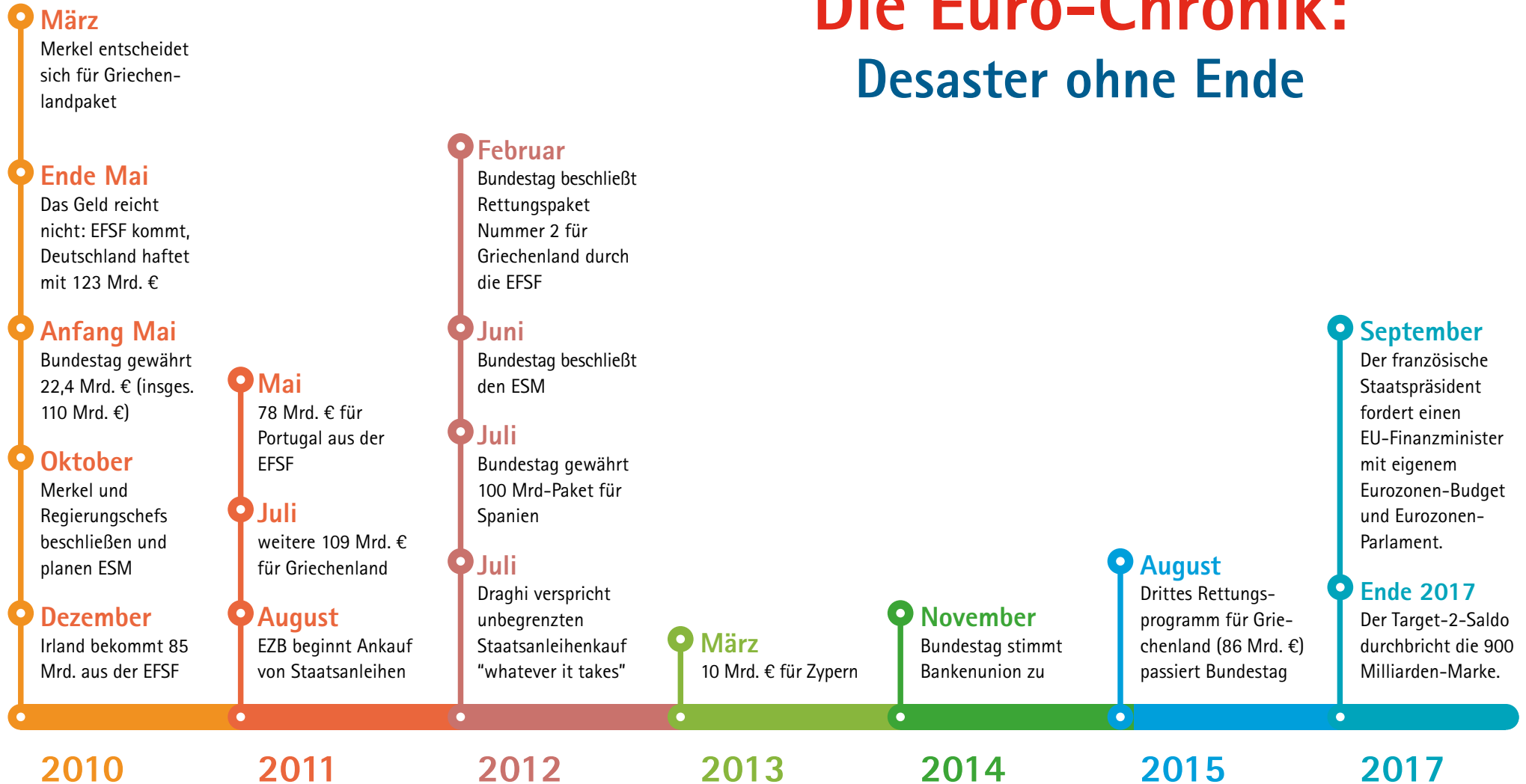
Die Niedrigzinsen ruinieren private Altersvorsorge, Kranken- und Lebensversicherungen. Der Sparanreiz geht verloren. Eine Gesellschaft ohne Sparanreiz verliert ihr Gefühl für die Zukunft und sägt an ihren Grundfesten – den bürgerliche Tugenden.



Der Euro spaltet Europa.

Nie wurde in Europa miteinander mehr gestritten. Die Südländer fordern von Deutschland eine Transferunion und Umverteilung. Die Bankenrettungen haben den Glauben an Fairness in der Politik erschüttert – warum kann man hunderte von Milliarden zur Rettung von Großbanken ausgeben, aber für die Renten ist kein Geld da? Diese Ungerechtigkeit können wir nicht länger hinnehmen.

Die Euro-Chronik: Desaster ohne Ende



Was kostet das alles?

EFSF

(Europäische Finanzstabilisierungsfazilität):

Die EFSF hat an Irland, Portugal und Griechenland Darlehen von insgesamt rund 174,6 Mrd. Euro geleistet. Dafür haftet Deutschland mit bis zu 93,6 Mrd. Euro.

ESM (Europäische Stabilitätsmechanismus):

Das anfängliche Stammkapital des ESM beträgt 700 Milliarden Euro. Die Bundesregierung geht von einer Haftungsobergrenze Deutschlands von 190 Milliarden Euro aus. Nach anderen Rechtsauffassungen haftet Deutschland unbegrenzt.

Target 2

Als Target 2 wird das Zahlungsverkehrssystem zwischen den europäischen Zentralbanken bezeichnet. Die Forderungen der Bundesbank gegenüber den anderen Zentralbanken betragen in Summe mehr als 923 Mrd. Euro. Wenn diese Forderungen ausfallen, haftet dafür die Bundesrepublik Deutschland.

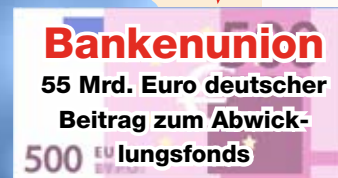
Niedrigzinsen

Die DZ Bank berechnete 2017, dass die die deutschen Sparer seit 2010 auf rund 436 Milliarden Euro an Zinsgewinnen verzichten mussten.

Bankenunion

Der Abwicklungsfonds (SRF) soll bis 2024 Mittel auf rund 55 Mrd. € wachsen. Die gesicherten Bankeinlagen von 5.500 Mrd. Euro sollen sich durch EDIS (Europäische Einlagenversicherung) gegenseitig versichern.

DEUTSCHLAND



VEREINIGTES KÖNIGREICH

IRLAND

NIEDERLANDE

BELGIEN

FRANKREICH

ÖSTERREICH

ITALIEN

SPANIEN

PORTUGAL

GRIECHENLAND

Stabiles Geld, solide Finanzen, sichere Zukunft

1. Die Eurorettung beenden

Der Bundestag darf keine weiteren Rettungspakete genehmigen. Ohne dieses wichtige Signal werden sich Krisenstaaten immer auf Deutschland verlassen. Die bisherigen Rettungspakete müssen auslaufen. Staaten und Banken müssen wieder für ihre eigenen Schulden haften, die Schulden müssen getilgt oder abgeschrieben werden. Das ist die Basis für einen soliden Neuanfang.

2. Insolvenzen von Staaten und Banken zulassen

Wir brauchen ein Insolvenzrecht für Staaten und einen Mechanismus für die Abwicklung bankrotter Banken. Nur so kann das Bankensystem gesunden. Banken werden lernen, in Zukunft weniger Risiken einzugehen und sich nicht auf Hilfe des Steuerzahlers zu verlassen. Für die Staaten wird es schwerer, sich zu verschulden.

3. Austritt aus der Eurozone möglich machen

Es muss für einen Staat möglich sein, aus der Eurozone auszutreten, ohne die EU zu verlassen. Wenn Staaten dem hohen Anpassungsdruck nicht gewachsen sind, müssen sie ihre eigene nationale Währung wieder einführen und abwerten können.

4. Das EZB-System reformieren

Die EZB muss auf ihr geldpolitisches Mandat beschränkt werden, wie es in den europäischen Verträgen vorgesehen ist. Wenn sie weiterhin illegal inflationäre Politik macht, muss Deutschland zum Austritt aus der Eurozone bereit sein.

Forderung

- **Haushaltssouveränität herstellen:** Keine Rettungspakete mehr, ESM abwickeln, Bankenunion auflösen
- **Steuerzahler schützen:** Nur die Aktionäre und Gläubiger haften, wenn Banken pleite gehen.
- **Geldpolitik durchsetzen:** EZB an ihr Mandat binden und notfalls aus dem Euro austreten.



„Die EZB zerstört Wohlstand und Freiheit.“

Beatrix von Storch

Zivile Kolition e.V ist eine starke, von Bürgern getragene Basisbewegung. Wir kämpfen für die unmittelbare Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und den **Schutz der Bürgerrechte auf gesellschaftlicher und politischer Ebene**. Durch Aufklärung und organisierten Protest. Ihre Unterstützung hilft dabei. Bestellen Sie unsere Faltblätter und verteilen sie diese an interessierte Freunde und Verwandte. **Helpen Sie mit Ihrer Spende:** Jeder Euro ermöglicht uns, weitere Bürger zu erreichen. Druck und vor allem Versand kosten viel Geld. Aber Sie ermöglichen, dass wir jeden bestellten Flyer auch versenden können. **Gemeinsam können wir viel bewirken** - für mehr Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und für einen Wechsel in der Politik.

Bestellformular

Bitte senden Sie mir die Faltblätter in folgender Anzahl zu:



EU-Sozialismus.

_____ Gegen Enteignung, Inflation und Geldverbrennung.

Bargeld erhalten

_____ Gegen die totale Überwachung

Absender

Name

Zusatz

Straße und Hausnr.

PLZ und Ort

E-Mail

Bitte halten Sie mich über die Arbeit der Zivile Koalition auf dem Laufenden.



Zivile Koalition e.V.

Zionskirchstr. 3

D-10119 Berlin

Tel: +49-(0) 30-8800 1398

Fax: +49-(0) 30-3470 6264

info@zivilekoalition.de

V.i.S.d.P.

Sven von Storch

www.zivilekoalition.de

Spendenkonto:

Deutsche Skatbank

IBAN: DE84 8306 5408 0004 9600 84

BIC: GENODEF1SLR

Erschienen Mai 2018 | Bilder: Shutterstock.de

Dieses Faltblatt ist eine Veröffentlichung der Zivilen Koalition e.V. und wird kostenlos abgegeben. Weitere Exemplare schicken wir auf Wunsch gern zu. Das Faltblatt kann auch als pdf von unserer Homepage www.zivilekoalition.de heruntergeladen werden. Die Zivile Koalition e.V. arbeitet spendenbasiert und freut sich über Ihre Unterstützung.